

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postweg monatlich 4.60 M., bei Zustellung unter Freischuh für Deutschland 4.50 M., fürs Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige, Kompositorenzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Kennzeichnungsdruck 20 Pf. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# STREIFITZ

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Bethmanns Verteidigung

## Der Wiederaufbau

### der sozialistischen Internationale.

Von Arthur Crispian\*.)

111. (Schluß.)

## Das große Manuskript.

Die heutige Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde mit der Bekanntgabe einer Reihe von Fragen eröffnet, auf die die Kommission die Aufmerksamkeit des Heeren von Bethmann Hollweg besonders hinlenken will. Ob diese Fingerzeige einen Zweck haben, muß einstweilen dahingestellt bleiben, denn der frühere Reichskanzler hat ein umfangreiches Manuskript ausgearbeitet, das er wörtlich zur Verlesung bringt. Das ist keine Fingerringe, sondern ein Plädoyer, und ein Plädoyer natürlich für seine eigene Politik.

Zunächst sucht er zu rechtfertigen, warum Deutschland durch ein eigenes Friedensangebot dem Friedensschritt Wilsons zuvorgekommen sei. Seine Gründe gipfeln im wesentlichen darin, daß Wilson doch nicht ganz zuverlässig gewesen sei. Man habe nie gewußt, wann er einen ungehinderten Schritt tue, und außerdem sei er doch schließlich für die Entente voreingenommen gewesen.

Darum also konnte man nicht die beiden Wochen warten, die zwischen dem 12. Dezember und dem von Bernstorff als spätesten Termin für den Wilsonschen Schritt in Aussicht gestellten Termin lagen.

Im übrigen versucht Herr v. Bethmann den späteren Wilson gegen den von 1916 auszuspielen, eine Methode, die Bernstorff sehr zutreffend und wirksam als unanwendbar dargelegt hat.

## Der Sitzungsbericht.

### 4. Öffentliche Sitzung.

Der zweite Untersuchungsausschuss nahm heute seine Arbeiten wieder auf. Die Verhandlungen fanden diesmal im großen Saal des Hauptauschusses im Reichstagsgebäude statt. Schon frühzeitig war der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg mit seinem nützigen Unterhaushaltssekretär Bahnschaffe erschienen, ferner der Bischof a. D. Geffertich und der Marinehaushaltssekretär a. D. a. Capelle.

Um 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende Abg. Warmuth die Sitzung. Der frühere Reichskanzler wird verurteilt.

**Vorsitzender:** Es handelt sich um die Wilsonsche Friedensaktion. Wir haben festgestellt, welches die Reichspolitik in bezug auf die Wilsonsche Friedensaktion gewesen ist, und welche Grundzüge für die Reichspolitik maßgebend waren. Es handelt sich besonders um drei Kernfragen, deren Beantwortung für den Ausschuss von Bedeutung ist. Diese Fragen lauten:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember durch die Zentralmächte erfolgt, trotzdem eine Friedensaktion Wilsons durch Deutschland angeregt und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt war.

2. Aus welchen Gründen hat Wilson die konkreten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt, und zwar a) nicht öffentlich auf seine Note vom 21. Dezember, b) auch nicht vert. a. u. b. des Erlasses des Obersten Haupteinverständnisses?

3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und statt ihrer ihre Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Bootkriegs gegeben, von dem sie wußte, daß er zum Kriege mit Amerika führen würde?

Bei der Beantwortung wird es darauf ankommen, zu erklären, ob Sie die von Wilson angebotene Friedensvermittlung als von ihm ernst gemeint ansahen und wenn nicht, welche bestimmten Gründe Sie für die gegenteilige Annahme hatten. Sollen Sie die begonnene Friedensvermittlung, vorausgesetzt, daß sie ernsthaft gemeint war, für aussichtslos oder von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt infolge der Stellungnahme der Entente zur Friedensnote u. s. w. Hat die Oberste Land- und Seefriegsleitung gegen die Wilsonschen Absichten gewirkt? Welche Gründe hatte diese Leitung für die Führung des rücksichtslosen U-Bootkriegs und für seine Anknüpfung zu dem bestimmten Zeitpunkt ins Feld zu führen? Es wird da die Wetterkonferenz vom 9. Januar eine bedeutende Rolle spielen. Ich bitte Sie, in ruhigem Zusammenhang alle diese Fragen zu erörtern.

### Reichskanzler a. D. v. Bethmann Hollweg:

Ich möchte die Tatsache kurz zusammenfassen, die, wie mir scheint, in den bisherigen Verhandlungen dieses Ausschusses festgestellt, nicht bestritten und auch von mir als richtig anerkannt werden. Nachdem wie schon in der ersten Periode, die der Berichterstatter umgrenzt hat, durch allgemeine Besprechungen über Friedensmöglichkeiten der amerikanischen Regierung dokumentiert

haben, daß wir zu Verhandlungen bereit waren, hat mit dem Beginn der zweiten Periode eine Aktion von uns mit dem Ziele eingeleitet, daß der Präsident Wilson einen Friedensappell an die Kriegführenden richten möge. Unser Wunsch ging dahin, daß Wilson die Entente an den Verhandlungstisch bringen sollte. Ginge dies, dann sollten die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Kriegführenden von diesen ebnen ohne die Teilnahme Wilsons geregelt werden. Erst in einer anschließenden Konferenz sollten unter Teilnahme Wilsons allgemeine internationale Fragen, wie über die Freiheit der Meere, die Abrüstung, die Schiedsgerichte usw. erörtert werden. Mit diesen Modalitäten war der Präsident Wilson einverstanden. Wenn nun in den Akten davon die Rede ist, eine Friedensvermittlung Wilsons wäre nicht gewünscht worden, so bezieht sich das ausschließlich auf eine Vermittlung im gewöhnlichen Wortsinne, auf eine Vermittlung, welche die Teilnahme an der materiellen Formulierung in sich schließt. Nicht getroffen aber wird diejenige Tätigkeit, die ich mit dem Worte „Friedensaktion“ bezeichnen möchte. Der erste kritische Punkt fällt mit dem Friedensangebot zusammen. Der Berichterstatter hat es als einen Kernpunkt bezeichnet, aufzuklären, ob und warum es gerechtfertigt war, daß wir ein eigenes Friedensangebot machten, obwohl wir wußten, daß Wilson einen Friedensappell an die Entente richten würde. Wir verlassen dabei das Gebiet der Tatsachen und gehen damit zur politischen Würdigung feststehender Tatsachen über. Hinter dieser Hauptfrage steht unverkennbar die Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot die Friedensaktion Wilsons gestört und gefährdet hätten. Demgegenüber beziehe ich: Der Friedensappell, den Wilson erlassen wollte, und dessen bevorstehenden Erlass Bernstorff in Aussicht stellte, ist in der

### Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember

enthalten. Geschrieben ist diese Note Mitte November. Mitte November hatten wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht und Wilson wußte noch nicht, daß wir diese Absicht hatten. Der klare und unwiderlegbare Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abgehalten noch sie beeinflusst hat. Ist Wilson darüber bestimmt gewesen, daß wir seinen Friedensschritt nicht abgewartet haben, so steht fest, daß er seiner Bestimmung keinen Einfluß auf sein Handeln eingeräumt hat. Hiernach kann, wenn von einer schädlichen Wirkung unseres Friedensangebotes gesprochen wird, nur gefragt werden, ob es unser Friedensangebot gewesen ist, das die Entente veranlaßt hat, die Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten, die einer Ablehnung gleichgekommen ist, und ob ich, wenn das so war, das hätte wissen müssen und voraussagen können. Hierbei geraten wir in ein Komplex von Problemen hinein, von denen die amerikanischen Beziehungen nur einen verhältnismäßig kleinen Abschnitt bilden. Die jeweilige militärische Lage, die innere Zustände bei uns und unserer Bundesgenossen, die Aspirationen der verschiedenen politischen Parteien, die Mentalität der Staatsmänner und verschiedenen Regierungen, alle diese Momente müssen dabei berücksichtigt werden. Trotzdem werden wir dabei immer nur die eine Seite der Dinge beleuchten können.

Ich komme nun zu den Vorfällen, die uns veranlaßt haben zu einem eigenen Friedensangebot

zu kommen, ohne die erwartete Friedensaktion Wilsons abzuwarten. Wenn ich von den Momenten rede, die gegen das Warten auf Wilsons Friedensangebot sprechen, so kommt für mich zunächst die persönliche Seite in Frage, denn die Erfahrung, die wir mit der amerikanischen Regierung und ihrer Stellung zur Entente vorher gemacht hatten und dann unsere Verbindungsmöglichkeit mit den Vereinigten Staaten. Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß es dem Präsidenten Wilson mit dem Inausgesprochenen der Friedensaktion nicht ernst gewesen sei. Es lag aber doch für das Urteil der Berliner Zentrale eine lange Tatsachentreihe vor, die es zweifelhaft machen mußte, ob und wann er glauben würde, seinen Entschluß überhaupt ausführen zu können. Was die persönliche Seite anlangt, so lag nach dem Bericht des Grafen Bernstorff in seinem Charakter ein gewisser gaudernder Zug. In seinem Bericht vom 14. Januar spricht der Reichskanzler vom gaudernden Charakter des Herrn Wilson, er sei gewöhnt, alle Fragen nur dilatorisch zu behandeln und sei nicht so unbedingt sicher. Nach unseren Berichten sind gerade Ende Dezember 1918 auch neutrale Staatsmänner im Hofe über gewesen, ob der Präsident ernsthaft an den Frieden denke. Wilson war sozusagen gehandicapt durch sein und seines Landes Verhältnis zur Entente. Die Stimmung in den Vereinigten Staaten über der Grad des Wohlwollens zu unseren Gegnern war namentlich im ersten Jahre des Krieges schwankend. Ueber die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen mag man völkerverrechtlich denken wie man will, sie bedeuten nur eine einseitige Begünstigung unserer Feinde, ohne die der Krieg wahrscheinlich sehr viel früher zu Ende gewesen wäre. Graf Bernstorff hat befunden, Wilson habe ihm unmittelbar nach unserer russischen Note durch Oberst House wissen lassen, er könne gegen die völkerverrechtlich bedenklichen Engländer wegen der Nachteile des amerikanischen Handels nichts unternehmen.

(Fortsetzung auf der zweiten Seite.)

Es liegt System in der Moskauer Taktik gegen die Unabhängigen. Bevor in Deutschland eine Klärung und Sammlung möglich war, haben die Kommunisten den revolutionären sozialistischen Flügel des Proletariats gespalten. Syndikalistische Kommunisten bemühen sich, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zertrümmern. Kommunisten haben dieser Lage die sozialistische Jugend auseinandergerissen. Sie wollen nun auch die Unabhängigen Sozialdemokratie sprengen. Dabei haben die Kommunisten mit ihrer Taktik so vollkommen Schiffsbruch gelitten, daß ihre eigene Partei sich in einem Zustand der Desorganisation befindet. Die Kommunisten laufen ihre eigene Zentrale Sturm. Vertreter des Parlamentarismus wüten gegen Antiparlamentarier, sozialistische Kommunisten gegen syndikalistische und anarchische Kommunisten. Eine trostlose Zerfahrenheit und Herrichtung in der ganzen kommunistischen Partei. Überall niederreißen, zerstören, verwüsten, zertrümmern, ein Chaos auf allen Gebieten. Ganz im Sinne Bakunins: Zertrümmerung aller Autorität durch Entfesselung böser Leidenschaften. Niederreißen aller Organisation. Und aus den Trümmern wird durch den natürlichen Instinkt der Massen das neue große Wunder erschaffen.

Kampf ohne Pardon gegen die sozialrevolutionären Unabhängigen! Verbrüderung mit den Syndikalisten! Das ist ebenfalls eine Moskauer Parole. Das Moskauer Manifest erklärt:

„Indem wir die Halbheit, Lügenhaftigkeit und Häufnis der überlebten offiziellen sozialistischen Parteien verwerfen, führen wir, die in der dritten Internationale vereinigten Kommunisten, uns als die direkten Fortsetzer der herrlichsten Kämpfer und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Generationen, von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.“

Und in den Richtlinien der Moskauer Internationale nach einer erneuten Abfrage an die Unabhängigen:

„Auf der anderen Seite ist ein Block mit denjenigen Elementen der revolutionären Arbeiterbewegung notwendig, welche, obgleich sie früher der sozialistischen Partei nicht angehört, jetzt im großen und ganzen auf dem Standpunkte der proletarischen Diktatur in der Form der Rätemacht stehen, z. B. mit entsprechenden Elementen des Syndikalismus.“

Zurück zur Zeit vor Marx zurück zu Babeuf! Zurück zum Syndikalismus! Das ist der Weisheit letzter Schluß. Wenn die „entsprechenden Elemente des Syndikalismus“ auch nur „im großen und ganzen“ auf dem Standpunkte der proletarischen Diktatur in der Form der Rätemacht stehen, so sind sie den Moskauern trotzdem als Blockgenossen willkommen. Tod über den Unabhängigen, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, die die proletarische Diktatur und das Rätemaximum in ihrem Programm aufgenommen haben.

Die ganze Taktik der Moskauer Internationale beruht auf dem fundamentalen Irrtum, daß die proletarische Revolution in jedem kapitalistischen Staat zum Ausbruch kommt. Mit einem Anruf über diese Zeit hinaus wird gar nicht gerechnet. Es ist die Taktik der Verzweiflung, der Verlich, die Weltgeschichte zu verewaltigen. Diese Taktik hat aber die Wirkung, die Reaktion zu fördern, anstatt der Revolution zu nähern. Sie stiftet überall Verwirrung in den Reihen der Arbeiter, sie wirkt wie Sprengpulver auf die proletarischen Armeen in den verschiedenen Ländern und hindert ihre Aktionsfähigkeit auf nationalem und internationalem Gebiet. Die Regierungen der Entente schicken ihre Bajonette gegen Sowjetrußland. Deutsche Landsknechte unterstützen das Messeltreiben der Reaktion gegen die russische Sowjetregierung. Der russischen Revolution kann desto wirksamer geholfen werden, je stärker und geschlossener die sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern ihren reaktionären Regierungen entgegenzutreten imstande sind.

Den Weg nach Moskau haben die Moskauer selbst durch ihre Beschlüsse und durch ihre Praxis gegen die Unabhängigen für uns gesperrt. Auf Grund dieser Beschlüsse könnten wir nur in den Kreml gelangen, wenn wir uns blindlings den Kommunisten unterordnen und in die internationale kommunistisch-syndikalistische Organisation aufgehen würden.

Die Moskauer Beschlüsse können nicht die Plattform einer neuen Internationale bilden, diese Plattform kann nur von allen revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder gemeinsam geschaffen werden.

\* Siehe „Freiheit“ Nr. 523 und 524.

Darum sind auch die Versuche entschieden abzulehnen, durch die die sogenannte zweite Internationale wieder entstehen soll.

Diese Internationale hatte ihre Berechtigung zu ihrer Zeit. Heute wäre sie nichts als ein Geigenstück aus der Vergangenheit. Nicht alle Volkshörner aus vergangenen Tagen können heute den Kapitalisten den Marsch blasen, sondern die Vorkämpfer des jüngsten Gerichts müssen erklingen. Mögen die Toten ihre Toten begraben. Die neue Internationale wird der Fels sein, auf dem die Straße der Gegenwart gebaut wird.

Es bleibt kein anderer Weg, wir müssen mit allen revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder, mit Einschluß der Volkshörner, Verbindungen anknüpfen und Beziehungen zu ihnen herstellen und Vorbereitungen treffen, zur Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses. Zu diesem Weltkongress sollen alle sozialistischen Parteien zugelassen werden, die durch Wort und Tat den selbständigen Klassenkampf führen, die die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter erstreben, die auf dem Boden des Rätesystems stehen und die die Diktatur des Proletariats als notwendige Übergangsmassnahme für die Zeit vom Kapitalismus bis zum Sozialismus anerkennen. Die sozialistischen Parteien mit einem solchen Programm werden allein in der Lage sein, eine aktionsfähige, siegreichende Internationale zu bilden.

Die Schaffung einer solchen Internationale ist ein zu gewaltiges Werk, als daß es in einigen Wochen oder Monaten vollendet sein könnte. Aber ein Werk, das erziehen wird, wenn wir ernsthaft wollen. Es sind viele Schwierigkeiten zu überwinden. Wie viel Mühe wird es nicht allein schon kosten, auch nur wieder die Verbindungen zwischen den sozialistischen Parteien aller Länder herzustellen! Alle diese Schwierigkeiten sind aber dazu da, daß sie überwunden werden. In den verschiedenen Ländern ringen sich die sozialistischen Organisationen mehr und mehr zur Klarheit durch, sind sie dabei, sich auf dem heute gegebenen Kampffeld zu orientieren, die Klassen zu bilden, die Waffen zu prüfen, zu ergänzen und zu schärfen. In den verschiedenen Ländern vollzieht sich in immer steigendem Maße die Vereinigung des Proletariats auf dem Boden der sozialrevolutionären Grundzüge, zur Fortführung der proletarischen Revolution. Das alles muß auch auf dem Gebiet der Internationale geschehen. Dann werden wir in einer internationalen Organisation alle revolutionären Sozialisten von Sibirien, über Asien, Europa und Amerika bis Japan zusammenschließen können. Dann werden die Proletarier aller Länder eine Internationale haben, zu der auch die Sozialisten der westlichen Staaten Europas gehören, der Länder, die kapitalistisch am höchsten entwickelt sind und die darum, wie uns das Studium der Wirtschaftsgeschichte und der gesellschaftlichen Entwicklung lehrt, am reifsten für die Erhebung des Kapitalismus durch den Sozialismus sind. Eine Internationale, die in Wort und Tat revolutionär ist, ohne jeden opportunistischen Krankheitskeim. Eine Internationale für den internationalen Triumph des Sozialismus.

## Der Sitzungsbericht.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Diese Mitteilung ist in zwei Beziehungen von fundamentaler Bedeutung. Einmal hat uns Wilson wiederholt erklärt, er würde falls wir vom unbeschränkten U-Bootkrieg ablassen,

England zur Londoner Deklaration zurückbringen. Nun, durch unsere Suffrag-Note hatten wir diese Voraussetzung geschaffen, und dann zeigt die Mitteilung des Obersten House, daß Wilson in allen seinen Handlungen gegen England gebunden war durch die Handelsbeziehungen seines Landes zu England. Das mußte eine Friedensaktion stark beschränken, und es wäre für uns möglich und gewagt gewesen, keine Friedensaktion als sicheren Faktor in unsere Rechnung einzustellen, selbst aber unartig zu bleiben. Sollten wir, um den Eindruck der Schwäche zu vermeiden, unser Friedensangebot zu einem Zeitpunkt machen, wo wir militärisch auf der Höhe standen, so würden wir den Moment verpaßt haben, wollten wir uns darauf verlassen, welchen Zeitpunkt Wilson für ein Vorgehen wählen würde. Deshalb waren bei uns alle Vorbereitungen getroffen, unser Friedensangebot herauszulassen, als die Entscheidung des rumänischen Feldzuges zu unseren Gunsten gefallen war.

Erschwert war unser Verkehr mit Washington durch die unzünftige briefliche und telegraphische Verbindung. Ueberdies ist der Verkehr auch des nächsten Postverkehrs zunächst ein eigenes Urteil. Tatsächlich lagen die Dinge so, daß wir über einen unkontrollierten Verkehr mit Washington überhaupt nicht verfügten. Die englischen Kabel — die deutschen waren schon unbrauchbar gemacht — standen uns natürlich nicht offen. Der Funkdienst wurde auf amerikanischer Seite durch die Engländer unter Zensur genommen, chiffrierter Verkehr war nicht gestattet. Es standen uns für kurze Mitteilungen Möglichkeiten noch zur Verfügung, die allerdings nicht ganz einwandfrei waren und mehr als eine Woche Zeit beanspruchten. Die amerikanische Regierung hatte uns allerdings einen beschränkten Telegrammverkehr durch die hiesige Postverwaltung gestattet, sich aber eine Kontrolle der Depeschen vorbehalten. Somit war unsere Orientierungsmöglichkeit geradezu hoffnungslos.

### Die Erschwerung unseres Verkehrs mit Washington

Berichte im wesentlichen auf völkerrechtlich nicht zu begründenden Forderungen Englands, die die amerikanische Regierung sich ohne weiteres gefallen ließ. Es wäre ein gewisser Ausgleich geschaffen worden, wenn Amerika dem Postkapitän Gerard instand gesetzt hätte, uns über die Intentionen Wilsons fortlaufend zu orientieren. Statt dessen war Herr Gerard eigentlich nur der Überbringer unfreundlicher Noten. Die Schamhaftigkeit dieser Momente war es, die mir nicht geblieben, der Grundriss des Grafen Bernstorff in vollem Umfang zu folgen. Bemerkenswert erscheint mir, daß die berühmten 14 Punkte Wilsons im Januar 1918 aufgestellt wurden, also zu einer Zeit, wo Amerika in voller Kriegsvorbereitung und gegenüber sich befand. Ich verweise auf das Kreuzverhör Wilsons vor dem Senat. In dramatischer Insipidität hat der Präsident da feierlich seine Ueberzeugung bekundet, daß Amerika in den Krieg gezogen wäre, auch wenn unzweifelhaft keine Gewalttaten an amerikanischen Bürgern vorgekommen wären.

(Die Sitzung dauert fort.)

## Die Verhöhnung der Verfassung.

Der Reichspräsident Ebert hat am 27. Oktober über drei thüringische Bezirke von Kusnaus zu Lande verhängt und sich dabei auf den Artikel 48 der Reichsverfassung berufen. Dieser Artikel bestimmt, daß der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag von allen Maßnahmen Kenntnis zu geben hat, die er auf Grund

des Artikels trifft. Bis gestern, vier Tage nach der Verkündung des Ausnahmezustandes, hat die Nationalversammlung, die die Stelle des Reichstags vertritt, von Herrn Ebert noch keine Kenntnis von seinen Maßnahmen in diesem Falle erhalten. Die Nationalversammlung ist jetzt auf drei Wochen in die Ferien gegangen.

Da die Reichsverfassung keinen Ausnahmezustand kennt, so war schon die Anordnung dieser Maßregel verfassungswidrig und gesetzwidrig. Die Unterbrechung der Mitteilung an die Nationalversammlung, die unverzüglich zu erfolgen hat, bedeutet geradezu einen Bruch der Verfassung.

Der Reichspräsident Ebert hat auf seinen Redereien wiederholt versichert, daß er es als seine heiligste Aufgabe betrachte, die Verfassung zu schützen. Wie will er diesen Bruch der Verfassung mit seiner Versicherung in Uebereinstimmung bringen? Was sagt die Regierung dazu? Will sie weiter schwätzen? Hat sie auch nichts dazu zu sagen, daß neuerdings von Truppenbesitzhabern eigenmächtig der Belagerungszustand in Thüringen verhängt worden ist?

Von der Nationalversammlung reden wir gar nicht. Sie ist in die Ferien gegangen und hat sich also selbst ausgeschlossen. Wir erwarten auch gar nicht, daß die Mehrheit der Nationalversammlung irgend welche Anstalten treffen wird, um den Reichspräsidenten und die Regierung zur Achtung der Verfassung anzuhalten.

Wird doch jetzt mitgeteilt, daß die Nationalversammlung noch so viele Arbeiten erledigen wolle, darunter auch den Etat für das nächste Jahr, daß sie noch bis tief in das Jahr 1920 zusammenzubringen gedenke. Die Regierung, die sich auf diese Nationalversammlung stützt, denkt also nicht daran, die demokratischen und parlamentarischen Grundrechte zu achten und den von der Verfassung vorgeschriebenen Reichstag so schnell wie möglich wählen zu lassen.

Dem Volke wird gesagt, daß es die Verfassung zu achten habe. Die Regierung aber macht sich fortgesetzt der Verhöhnung der Verfassung schuldig, die ihre Parteien selbst geschaffen haben.

Das ist die wahre Demokratie im neuen Deutschland!

## Was nicht in Einklang zu bringen ist.

Das „Berliner Tageblatt“ begreift die Meldung, daß sämtliche Truppen im Baltikum, die nicht bis zum 31. November die deutsche Grenze passiert haben, als fahnenflüchtig erklärt werden sollen, mit einem Kommentar, der anscheinend aus Regierungskreisen stammt. Wir erfahren daraus, daß die Maßnahmen der Regierung nach dem Eintreffen des aus dem Baltikum zurückkehrenden Gefolges aus Litauen, Preußen von Ostpreußen getroffen worden seien, noch dessen Bericht die Verhältnisse im Baltikum höchst unerfreulich sind. Von den rund 40 000 Mann, die in Russland kämpften, sind bisher nur etwa 6000 bis 6000, überwiegend technische Truppen, Baderelassen und Intendantenmannschaften, dem Befehl der Regierung nachgekommen. Der Rest, 34 000 bis 35 000 Mann, ist zu den Russen übergegangen. Das Prekorp Diebitsch in Litauen, das ungefähr 6000 Mann zählt, sei zwar ursprünglich bereit gewesen, sich den Anordnungen der Regierung zu fügen, es habe aber die diplomatischen Verhandlungen mit den Litauern nicht abgewartet, sondern einige belische Plänkchen zum Anlaß genommen, um in Litauen zu bleiben.

Das „Berliner Tageblatt“ für melancholisch hängt, daß diese Feststellungen mit den bisherigen optimistischen offiziösen Mitteilungen über das Verhalten der deutschen Truppen im Baltikum nicht in Einklang zu bringen seien. Es scheint, als ob die Reichsregierung selbst über die wahre Gestalt der Dinge im unklaren gehalten worden sei. Diese Bemerkungen sind geeignet, die Sachlage aufs neue zu verkomplizieren. Seit vielen Monaten haben wir ungenügende Kunde der Regierung alle Einzelheiten über die gefährlichen Verhältnisse im Baltikum mitgeteilt, auch die Angehörigen der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Nationalversammlung haben oft genug in öffentlicher Sitzung und bei den Ausschüßberatungen die wahre Lage im Baltikum geschildert. Die Regierung ist also nicht im unklaren gehalten worden, sondern sie hat nicht den Willen gehabt, die baltische Frage, die, wie wir richtig vorausgesehen, zu einer Gefahr für das deutsche Volk geworden ist, zu einer Lösung zu bringen. Aber auch die bürgerliche Presse, nicht zuletzt das „Berliner Tageblatt“, trägt schuld daran, daß es so weit gekommen ist.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir feststellen, daß die Regierung sich noch mit keinem Wort zu den Enthüllungen, die wir in unserer Mittwoch-Morgenausgabe über die heute noch fortgesetzten baltisch-russischen Werbungen in Berlin geäußert haben, geäußert hat. Auch heraus erkennt man, welchen geringen Wert die Beteuerungen der deutschen Regierung, sie wolle mit dem baltischen Abenteuer endgültig Schluss machen, in Wirklichkeit haben.

## Die Lage im Baltikum.

Die Kämpfe gegen Riga haben in den letzten Tagen keine wesentliche Änderung der Lage herbeigeführt. Die Angriffe der deutschen Truppen auf Friedriehstadt sind von den Letten zurückgeschlagen worden. Dabei ist auch der bekannte Militärrat v. Jena getötet worden. Die Beschädigung der Stadt Riga, von deutschen Truppen vorgenommen, hat große Zerstörungen verursacht. Wie die lettische Regierung meldet, hat sich die Lage der lettischen Truppen in den letzten Tagen mehr und mehr gebessert. Das rechte Dünaburg befindet sich in lettischen Händen, alle Angriffe sind bisher abgewehrt worden.

Die deutschen Truppen der Eisernen Division, geführt von Major Bischoff, sind hinter Thornberg konzentriert, wo auch der Generalstab steht. Alle Versuche, Friedriehstadt zu nehmen und Riga vom rechten Dünaburg aus anzugreifen, sind bisher gescheitert. Auch bei Jacobstadt wurden die deutschen Truppen zurückgeschlagen. Die Letten haben ihr Köpfe bisher nicht ausschließlich allein geführt, sie werden nur vom Meere her durch die Artillerie der Winteren unterstützt. Die deutschen Truppen beunruhigen in Rurand hauptsächlich den Bezirk Mitau-Bauske und die Linie Mitau-Ramel. In Mitau haben die Deutschen die lettischen Behörden abgesetzt und die Beamten entlassen. Man läßt bereits russisches Geld, das in Berlin bereitgestellt wurde, zirkulieren.

Die von dem Balt-Bureau vor einigen Tagen verbriefte Nachricht, daß in Riga Deutsche verhaftet worden seien, entspricht nicht den Tatsachen. Wir haben diese Meldung seinerzeit sofort als Stimmungsfrage gerandmarkt.

Die Lituanen, die General Judenitsch in die Welt schickt, klingen nicht mehr zuversichtlich. Die Gesandte bei Petersburg haben in den letzten Tagen an Defiziten angenommen. Die

Volkshemden greifen mit überlegenen Kräften an und verwenden auch Panzer-Hohlräume und Tonis. Die außerordentliche Ueberlegenheit der bolschewistischen Truppen gegenüber der Weissen Garde wird in den Berichtsberichten des Generals Judenitsch anerkannt. Es wird mit einem weiteren Rückzug gerechnet.

## Neue Schwierigkeiten mit der Entente.

H. N. Paris, 31. Oktober.

Der Oberste Rat untersuchte die angebliche Nichtausführung gewisser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland und beriet über die Form einer Note, die Deutschland im Zusammenhang mit diesen Verstößen zur Unterzeichnung vorgelegt werden soll. Ferner beschäftigte sich der Oberste Rat mit der Frage der Entschädigungen, die von Deutschland für die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow gefordert werden sollen.

### Ein neuer interallierter Ueberwachungsausschuß.

H. N. Paris, 31. Oktober.

Da das interalliierte Militär-Überkommando bei Inkrafttreten des Friedensvertrages automatisch erlischt, hat Clemenceau vorgeschlagen, eine neue militärische Organisation zu bilden, die die Einheitlichkeit bei der Ausführung der verschiedenen militärischen Bestimmungen überwachen soll. Clemenceau wünscht, daß der Kriegsrat in Versailles mit geänderten Vollmachten und Befugnissen diese Tätigkeit ausüben soll. Von verschiedenen Delegationen wurde darauf hingewiesen, daß diese Neuordnung nicht durch den Kriegsrat der Entente erfolgen dürfe, sondern durch den Völkerrat und durchgeführt werden müsse.

## Die französischen Sozialisten gegen die Rußlandblockade.

Bern, 30. Oktober.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Ausschuß der französischen Sozialistenpartei Quysmans, den Sekretär der Internationale, bringen darum ersucht, daß endlich eine energische Aktion und nicht lediglich ein schwacher Protest zugunsten der Aufhebung der Blockade gegen Rußland unternommen werde.

## Weitere Hinausschiebung des Friedens.

Amsterdam, 30. Oktober.

Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet, daß Bonar Law vorgestern erklärte, er erwarte die vollständige Ratifikation des Friedensvertrages und das endgültige Zustandekommen des Friedens nicht vor Februar oder März 1920.

## Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 31. Oktober.

Heute ist der sozialdemokratische Parteitag zusammengetreten.

## Straßenbahnerstreik in Bremerhaven.

T. U. Bremerhaven, 31. Oktober.

Die Straßenbahner haben gestern die Arbeit nie. dergelegt, weil die Direktion der Straßenbahn die verlangte Beihilfe von 800 Mark und 60 Mark für jedes Kind nicht bewilligt hat. Die Verhandlungen wegen Zahlung einer Beihilfe schwebten seit August. Der gesamte Straßenbahnverkehr in Bremerhaven, Grestemünde und Lehe ruht.

## Drohender Generalstreik in Litka.

T. U. Litka, 31. Oktober.

Witthod versammelten sich die drei sozialdemokratischen Parteien und stellten mehrere Forderungen auf, u. a. Zurückführung der hier nicht ansässigen Truppen, Aufhebung des Belagerungszustandes, Einsetzung einer Kontrollkommission auf der Eisenbahn zur Ueberwachung sämtlicher Güter, sowie Füge, Einsetzung einer Arbeiterpolizei zur Unterdrückung des Schleichhandels, sofortige Abschaffung der Bürgerwehr, Schließung der Schulen bis zur Heranschaffung genügenden Brennmaterials, Einsetzung einer Marktkontrolle, die aus Arbeitern bestehen und der die Ueberwachung der Höchstpreise obliegen soll. In einer gestern vormittag stattgefundenen Sitzung wurde einstimmig der Generalstreik proklamiert. Vielfach sind bereits verschiedene Arbeiterkategorien in den Streik getreten, so die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke, der Eisenbahnwerkstatt, der Straßenbahn, einiger Maschinengenossenschaften und auch verschiedene Holzpläze. Andere Betriebe widersprechen sich noch dem Streik. Für heute vormittag 10 Uhr ist eine weitere Versammlung angesetzt, in der nochmals über den Streik abgestimmt werden soll.

## Achtung, Spieß!

Der Rheinländer Dieplinger, der bayerischen Dialekt spricht, und sein Komplize sind heute früh von Leipzig in Berlin angekommen.

Dieplinger führt ein Mitgliedsbuch der U. S. D., im November 1918 in München ausgestellt und ein Begleit Schreiben der kommunistischen Zentrale von Dresden bei sich sowie einen vollständigen Paß. Beide kommen aus dem besetzten Gebiet und suchen Geld auszureiben, um angeblich die Revolution in Polen zu organisieren.

Die „Leipziger Revolver Nachrichten“ bezeichnen Dieplinger als Agitator für die rote Garde, der sich heimlich in Leipzig aufhält. In Berlin hat Dieplinger in einem Hotel schon dreimal übernachtet und sich dort als Kriminalbeamter bekannt.

Die Genossen werden aufgefordert, den beiden Spießeln die Begleitinformationen abzunehmen. Beide stehen in der Mitte der vierziger Jahre.

## Neuer Hungerstreik Schutzhaftgefangener.

Die Lage der Schutzhaftgefangenen auf der Festung Königstein ist in letzter Zeit geradezu furchtbar geworden. Insbesondere ist den Gefangenen die bisherige Kost entzogen worden und sie erhalten seit einiger Zeit ein Essen, das sowohl seiner Menge als auch seiner Beschaffenheit nach verärgert ist, daß die Gefangenen dabei systematisch verhungern müssen. Wie wir erfahren, haben die Schutzhaftgefangenen infolge dessen ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem sie erklären, daß sie vom 28. Oktober ab in den Hungerstreik treten würden, falls ihre Lage nicht gebessert wird.

# Zerfliehende Hoffnungen.

Der Verbandstag der Metallarbeiter hat ein vielfaches Echo in allen Kreisen der Arbeiterchaft und des Unternehmertums geweckt. Überall ist das Gefühl vorhanden, daß die Beratungen und Entscheidungen von Statistart tiefe Wirkungen auf den Geist und die zukünftige Gestalt der gesamten Gewerkschaftsbewegung ausüben werden, Wirkungen, die vor allem die Hoffnungen erheblich mindern dürften, die das Unternehmertum auf eine friedfertige, harmonische, dem Kapitalismus dienstwillige Gewerkschaftsbewegung gesetzt hat. Wie weit diese Hoffnungen bereits gediehen waren und wie und von wem sie gestärkt und befruchtet worden sind — und wohl auch noch unentwegt genährt werden dürften — zeigen Stimmen zum Stuttgarter Verbandstag, die aus Unternehmerrreisen kommen.

So schreibt v. R. (jedermann kennt ihn als kundigen Theoretiker) der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ einen Leitartikel, der bei aller Vorsicht im Ausdruck doch so nanterlei zu verstehen gibt, Herr v. R. knüpft an Schliches Wort, das Wort habe die Macht über die Tat erlangen, wobei er sich nur den kleinen Scherz leistet, den Sinn des Satzes in das Gegenteil zu verkehren, indem er zitiert: „Das Wort habe die Macht über die Tat verloren.“ Eine unklare Verwechslung, die aber die Situation durchaus richtig kennzeichnet, richtiger als der ursprüngliche Wortlaut, denn es ist wirklich die Absicht der Stuttgarter Beschlüsse, der Tat des Proletariats wieder Geltung zu verschaffen gegenüber der Macht des Wortes der eingesehnen Bureaukratie.

Der Artikel erläutert den Sinn des Anspruchs, und dann heißt es weiter: „Womit Schliche allerdings mittelbar auch zugleich, daß diejenigen schließlich recht behalten, die von darüberhin vor einer Ueberhöhung des als politische Verhöhnungsmittel gebrauchten Gewerkschaftsgedankens gewarnt haben.“ Der Gewerkschaftsgedanke ist also den Unternehmern als politisches Verhöhnungsmittel „gebraucht“ worden. Von wem? Ist diese Idee in Unternehmerrreisen selbst entstanden, oder haben andere Leute sie erzeugt oder genährt, um ihre Taktik anzupreisen? In den Methoden der alten Vorstände ist allerdings die Tendenz enthalten — die Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften zwingt dazu —, die Gewerkschaften zu einem solchen Verhöhnungsmittel herabzumwürdigen, wofür die Arbeiterchaft jedoch keinerlei Reue empfindet, wie die zunehmende Bedeutung der Opposition beweist.

Der Leitartikel des Unternehmerblattes findet eine tiefe Ironie darin, daß prominente Unternehmervertreter sich mit Hingabe ihres Berufsstandes bemühen, die Arbeiter „in ein Vertrauensverhältnis zum Arbeitgeber“ zu bringen, während gleichzeitig die Arbeiter für eine „Kampfsongue an das Unternehmertum“ notierten und so die biedere Besöhnungshand zurückstießen. Er zieht daraus den Schluß, daß das Betriebsrätegesetz dadurch ein „weit hebrölicheres Antlitz“ erhalte. „Die einzig mögliche Grundlage der beabsichtigten Einrichtung besteht in der Voraussetzung, daß in der Arbeiterchaft und im Unternehmertum gleichermaßen der gute Wille vorhanden ist, alles daran zu setzen, um das Gemeininteresse über das Sonderinteresse triumphieren zu lassen.“ Das heißt, die „einzig mögliche Grundlage“ für das Betriebsrätegesetz bestehe in der „Arbeitsgemeinschaft“. Den unbedingten Gehellen, die sich angeschlossen, den entscheidenden Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu erlangen, könne man ein solches Instrument nicht in die Hand geben, oder nur in einer verstellten Form, die dem Instrument jede Schärfe nimmt. Die Arbeiterchaft, die nicht gewillt ist, Gnadengeschenke für tugendhaftes Verhalten zu empfangen und sich damit zu tugendhaftem Verhalten zu verpflichten, wird also um ein Betriebsrätegesetz, das ihren Bedürfnissen entspricht, zu kämpfen haben, eine durchaus richtige und klare Perspektive, denn „nur mit dem Speere sollst du Gaben empfangen, Spise gegen Spise“.

Aber Herr v. R. hat noch nicht ganz den Mut verloren. Aus alledem zieht er den Schluß, daß sich für die Unternehmer die Notwendigkeit erahnt, die Widerstandskraft desjenigen Teils der Gewerkschaftsführer zu mehrern, „die zwar noch wie vor zweifellos in erster Linie das Sonderinteresse der eigenen Klientel im Auge haben werden, darüber hinaus indessen recht wohl erkennen, daß diesem Interesse auf die Dauer nur im Wege des systematischen Aufbaues eines tatsächlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter Genüge zu geschahen vermag“.

Kindel „derjenige Teil der Gewerkschaftsführer“, der hier gemeint ist, nicht selbst, daß solche Aeußerungen ihrer guten Freunde ein wenig kompromittierend sind? Man sollte den hohen Gönnern der Gewerkschaften doch einflößen, daß sie nicht so arg aus der Schule plaudern möchten.

## Die internationale Arbeiterkonferenz in Washington.

H. N. Washington, 31. Oktober.

Der amtliche Bericht über die internationale Arbeiterkonferenz lautet: Bei einer Abstimmung wurde mit 71 gegen 1 Stimme eine Entschließung angenommen, in der verlangt wird, daß, nachdem die Pariser Konferenz zugestimmt hatte, Deutschland und Oesterreich lieber als Mitglieder anerkennen und sie einzuladen, sich an der Arbeitsorganisation zu beteiligen, die Konferenz lehnt die Zulassung Deutschlands und Oesterreich zum Völkerbund vorzuziehen und beschließt, ihre Delegierten auf dieser Konferenz zuzulassen. Dies soll geschehen, wenn sie ihre Vereinstätigkeit bezeugen, an der Weltorganisation der Arbeiterchaft mitzuwirken. Sie erhalten daher die gleichen Rechte und Verpflichtungen wie die anderen Mitglieder der Arbeitsorganisationen, so wie diese im Verlaufe der Abkommen abgelegt worden sind.

Der Delegierte der französischen Arbeitgeber Louis Guerin protestierte gegen diese Entschließung und sagte, er habe immer geglaubt, daß die Deutschen nicht zugelassen werden sollten. Er habe selbst vier Jahre an der Arbeit der Verfertigung im verbotenen Gebiet zusammen mit den Amerikanern gewirkt und habe nicht geglaubt, ein Volk, das sämt-

liche internationalen Verpflichtungen so sehr vernachlässigt, jetzt auf einer gleichen Stufe mit den anderen stehen anstreifen zu müssen. Foucaug, der Vertreter der französischen Arbeiterpartei, opponierte gegen diesen Standpunkt und erklärte, daß jetzt ganz abgesehen von Gefühlsregungen, Deutschland und Oesterreich schon aus praktischen Gründen zugelassen werden müßten. Der Redner führte aus, wenn Deutschland und Oesterreich hier erwartet werden und sich mit den Beschlüssen der Konferenz gut finden lassen, so müsse man ihnen auch das Recht geben, an der Feststellung dieser Beschlüsse mitzuwirken. Außerdem sei er der festen Meinung, daß die Arbeiter und besonders die französischen Arbeiter fest an den Völkerbund glauben, und mit ihm eine neue Ära der Gerechtigkeit für alle Völker der Welt erwarten. Auf Vorschlag des holländischen Delegierten Nolens wurde dann die Debatte geschlossen und die oben erwähnte Entschließung angelehnt. Der deutsche Vertreter Carleis erklärte, er könne seine Stimme für diese Entschließung nicht geben, d. h., er müsse sie aus moralischen Gründen verweigern, aus praktischen Gründen könne er allerdings nicht dagegen stimmen. Wadaim und die anderen belgischen Vertreter erklärten, daß sie aus praktischen Erwägungen heraus ihre Stimme für diese Entschließung abgeben würden.

## Weitere Einschränkung des Zuzufahrens.

Berlin, 30. Oktober.

Die Angelegenheit des Verkehrsnot unter dem Vorbehalt des Reichsverkehrsministers heute in Berlin zusammengetretenen Verkehrsminister der Länder mit Wohnsitz haben beschlossen, ebenfalls bis zur Abfertigung der Kartoffelernte und bis zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand- und Industriekohle den Personenverkehr weiter auf äußerste einzuschränken. Auf Grund des einstimmig beschlossenen Plans werden nur noch etwa drei Prozent der letzten Friedensleistung gelassen werden. Nach dieser Maßnahme, die spätestens am 10. November voll zur Wirkung kommen wird, kann im wesentlichen nur noch der Arbeiter- und Lebensmittelinverkehr bedient werden. An Fernzügen werden nur noch wenige für das Wirtschaftsleben unentbehrliche beibehalten. Würde diese Einschränkung den gewünschten Erfolg nicht haben, so müßte mit einer vorübergehenden vollständigen Einstellung des Personenverkehrs gerechnet werden.

## Gewerkschaftliches.

### Das Streikrecht der Straßenbahner.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Straßenbahner beschäftigte sich gestern abend mit den Differenzen, die zwischen der Direktion und den Angestellten der Großen Berliner auf Anlaß des verurteilten Sympathiestreiks am 18. Oktober entstanden waren. Die Betriebsleitung stellte sich auf den Standpunkt, daß ein Streik nicht durch eine Parole der Arbeiterchaftsleitung herbeigeführt werden könne, sondern daß dazu eine Zweidrittelmehrheit der Personals nötig sei. Nach einer sehr erregten Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Vollversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der herausfordernden Behandlung und Androhung der Entlassung der Arbeiterchaftsleitung der Großen Berliner Straßenbahn seitens der Direktion. Sie verurteilt weiter, daß sich der Aufsichtsrat der Großen Berliner in Vertretung des Herrn Professor Giese mit dieser Behandlung, der Direktion, die sich nicht nur gegen den Arbeiterchaftsverband, sondern gegen die gesamte Arbeiterchaft richtet, einverstanden erklärt.“

Sie fordert, daß die Vertreter der Arbeiterchaft, wenn die Verurteilungen aufrechterhalten werden, aus dem Aufsichtsrat auszuscheiden haben. Die Beschlüsse erklären, daß sie zu ihrem Arbeiterchaftsverband alle Verurteilungen haben. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Arbeiterchaftsleitung bei streikähnlichen, wichtigen Aktionen, ohne die Massen zu fragen, um die berechtigten Interessen der Massen zu wahren, Maßnahmen selbstständig treffen können. Dies wurde ja auch in den verschiedenen Versammlungen zum Ausdruck gebracht.

Sie protestieren ganz entschieden gegen das Vorgehen der Direktion am 18. Oktober und geloben, daß sie mit ganzer Kraft hinter den Arbeiterchaftsverband stehen.“

Ferner stellte die Vollversammlung den Antrag, der Arbeiterchaft in dem neu zusammengeführten Aufsichtsrat Sitz und Stimme proportional dem Betriebe nach einzuräumen.

### An die Angestellten des Eisengroßhandels!

Jetzt stehen die Arbeiter des Eisengroßhandels im Streik wegen geringen Lohnes, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Einkommens, und ist es nicht eines jeden verantwortungsvollen Angestellten, jede Streikarbeit abzulehnen. Verantwortlich sind die Angestellten nur, die Arbeiten auszuführen, die bereits vor Beginn des Streiks ihnen zur Erfüllung zugewiesen waren. Wir erwarten von allen Kollegeninnen und Kollegen strikteste Solidarität und darum Verweigerung jeder den augenblicklich im Streik befindlichen Arbeiter zustehende Arbeit. In Zweifelsfällen erjuden wir unsere Kolleginnen und Kollegen, sich an den Obmann des Arbeiterchaftsverbandes bzw. an ihre zuständige Organisation zu wenden.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, Zuggruppe XIV.

### Gegen die „Technische Nothilfe“.

Die Deizer und Raschinisten nahmen in ihrer außerordentlichen Generalversammlung am Dienstag Stellung zur Technischen Nothilfe. Dabei vom Hauptvorstand erdautete in längeren Ausführungen die Aufgabe der Technischen Nothilfe. Er hob insbesondere hervor, daß sie für keine Gewerkschaft von so einschneidender Bedeutung wäre, als gerade im Beruf der Deizer und Raschinisten. Jedoch hat ihr Eingreifen in letzter Zeit bei den elektrischen Elektrizitätswerken bewiesen, daß sie nicht in der Lage war, den Betrieb aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten. Es hat sich ergeben, daß sich durch den Aufruf der S. R. D. aus den Reihen der organisierten Arbeiter sogar Leute gefunden haben, welche die Technische Nothilfe in ihrem Handwert unterstützten. Ferner ist aber auch erwiesen, daß wenn dieses Eingreifen auch nur einen Tag länger gedauert hätte, den Betrieben ein unermesslicher Schaden entstanden wäre. Man kann jedoch noch nicht beurteilen, ob dies aus Unfähigkeit des Personals oder Unkenntnis der Betriebe geschehen ist. Mit Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis, daß die Technische Nothilfe in einen rein wirtschaftlichen Kampf eingegriffen hat, obwohl die Parole ausgegeben worden ist, daß die Deizer und Raschinisten in sämtlichen Betrieben die Nothilfearbeiten selbst ausführen sollten.

Daraufhin fand folgende Resolution einstimmig Annahme: Die heute am 28. Oktober tagende Generalversammlung der Raschinisten und Deizer Groß-Berlins wendet sich mit Ent-

schiedenheit gegen alle Vorfälle, welche die Umgestaltung der Nothilfebetriebe bezwecken oder zur Folge haben. Die Versammlung verwirft entschieden die Heranziehung politischer Tendenzen in den gewerkschaftlichen Kampf zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter.

Im Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen nehmen die Raschinisten und Deizer das gleiche Recht in Anspruch wie die anderen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, und können sie auf das Streikrecht nicht verzichten lassen.

Die Schaffung der Technischen Nothilfe bildet dabei einen Eingriff in die verfassungsmäßig jedem Bürger gewährleisteten Rechte, insbesondere des Nothilfebetriebs.

Die Verleumdung erlitt in der Technischen Nothilfe einen außerordentlichen Einfluß in die Rechte der Deizer und Raschinisten, da sie in der Praxis eine Aufhebung des Nothilfebetriebs für unklaren Zweck beabsichtigt.

Wir erklären die Tätigkeit der Technischen Nothilfe für überflüssig, da wir grundsätzlich bereit sind, die erforderlichen Nothilfearbeiten selbst zu verrichten.

Was jedoch Nothilfebetriebe sind, wollen wir selbst entscheiden und können die Einmischung anderer darin nicht gestatten. In Würdigung der Folgen eines allgemeinen Streiks der Raschinisten und Deizer, insbesondere der Folgen eines Streiks in den elektrischen Betrieben, verlangt die Versammlung von den maßgebenden Stellen, welche für das Allgemeinwohl verantwortlich sind, eine rechtzeitige Abklärung mit der Organisationsleitung vor Ausbruch von weitverbreiteten Arbeitsnachteilen zwecks Verhütung der Schädigung des Allgemeinwohls.

Gegen den geordneten Verwaltungsbericht erließen sich keine Bedenken und wurde dem Kassierer Dechow's Bericht. Mir wurde als weiterer Angelegter zur Ordnungswahrung gewählt. Das Eintrittsgeld wurde von 1 M. auf 1,50 M. erhöht, der wöchentliche Beitrag von 1 M. wird beibehalten, es werden jedoch für jeden Monat 5 Wochen Beiträge abgeholt. Die Hauskassierung wird eingestellt; an deren Stelle tritt eine Bezirks-, Lokal- und Betriebskassierung. Zum Schluß wurde noch beschlossen, allen Kollegen, welche sich für 5 Wochen im Streik befinden, auch die fünfte Woche die Unterstützung in Höhe von 5 M. zu gewähren.

Kassier: Schwarz, Witbau; Connabend 1 Uhr bei Heiser Betriebsversammlung, Zahlung und Quittung unterzeichnen, Zahlung an Nachzügler findet vorher statt.

# Groß-Berlin.

Kreisstagsitzung des Kreises Teltow.

Auf der Tagesordnung einer dringenden Kreisstagsitzung des Kreises Teltow, die Donnerstag im Landratsamt, Viktorienstraße, stattfand, standen neben der Einführung eines Kreisstagsabgeordneten die Wahlen der Amtsvorsteher und deren Stellvertreter, sowie eine Interpellation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion über die Weigerung der Landwirte, Lebensmittel abzuliefern. Zur Wahl der Amtsvorsteher und deren Stellvertreter hatten die Rechtssozialisten ein Kompromiß mit den Demokraten geschlossen. Programmäßig wurden die von der Wahlkommission vorgeschlagenen Kandidaten gewählt. Einige Vorschläge unserer Genossen für unabhängige Amtsvorsteher wurden von den Rechtssozialisten mit der Begründung, daß sie an dem einmal getroffenen Abkommen als Mannen festhalten würden, niedergelassen. Sie zogen es also vor, für bürgerliche, auch konservative, Kandidaten zu stimmen und unabhängige Amtsvorsteher abzulehnen. Die Interpellation unserer Fraktion wurde durch Genossen Peters begründet. Er führte aus, daß die Regierung im Interesse unserer Gegend bestrebt sei, die ausländische Lebensmittelzufuhr einzuschränken. Die Lebensmittelnot würde also noch mehr gesteigert, wenn es nicht gelänge, die inländische Lebensmittelherzeugung zu heben, die Lebensmittelnot zu erlassen und gerecht zu verteilen. Zur Zeit würden die Waren wild und planlos produziert, die den Spekulantien den meisten Gewinn bringen. Die Rechtssozialisten hätten sich den Einflüssen des Kapitalismus unterworfen, sie würden nicht den Mut und den Willen ausbringen, die ungeheuren Verschwendungen wertvoller Produkte unmöglich zu machen. Da die Bauern nicht zufrieden mit den gezahlten Preisen seien, würden sie sich weigern, Kartoffeln abzuliefern, mit allen Mitteln verdrängen sie sich der Ablieferungspflicht zu entziehen. Die Bewaffnung der Bauern schreie weiter fort und an verschiedenen Orten haben sie bereits gedroht, mit Hilfe der Waffen den behördlichen Anordnungen Widerstand entgegenzusetzen, wenn die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben und keine höheren Preise ihnen zugesprochen würden. Ungeheure Mengen Kartoffeln würden verrotten, gegen die realistischen Bauern jedoch würden keine Maßnahmen ergriffen, eine Katastrophe in der Kartoffelversorgung sei in bedenkliche Nähe gerückt. Die amtlich bestellten Kontrolleure und Arbeiterräte werden von der Regierung in ihren Arbeiten im Interesse der Allgemeinheit nicht genügend unterstützt, sie würden von den Bauern beschimpft, stellenweise sollten sie mit Hundstößen von den Höfen geholt werden. Die Zwangswirtschaft sei unbedingt beizubehalten, es müsse aber die finanzielle Lage an sie gelehrt werden. Ein schädigender Bureaukratismus dürfe sich keinesfalls einmischen und die Beschwerden einzelner Bauern über Kontrolleure usw. müßten mit aller Energie geprüft und bestehende Mängel abgestellt werden. Keinesfalls dürfe es vorkommen, daß Zwischenhändler sich am Schweiß der Bauern bereichern. Der Redner forderte zum Schluß scharf: Vorgehen gegen Schieber und Bauern, die sich der Ablieferungspflicht entziehen, weiter eine Entlastung der Landwirtschaft und Einrichtung von Sicherheitswerken zum Schutz des Eigenums, die der Kontrolle der Gemeindevorstellungen und der örtlichen Arbeiterräte unterstehen. Die unabhängige Fraktion sei bereit, zur Durchführung der Forderungen mitzugreifen, scharfes und energieliches Handeln sei unbedingt notwendig. — Landrat von Achenbach erklärte, daß er bereit sei, gegen realistische Bauern vorzugehen und Missethäter in der Zwangswirtschaft zu bestrafen. In der Frage der Einwohnerwehren sei er nicht zuständig, die Landwirte müßten sich aber gegen bewaffnete Verbrecher mit Waffen wehren können. Die kurze Aussprache beendete ein Antrag auf Schluß der Debatte.

Der Arbeiter-Schwimmverein Reuthen hält am Sonntag, den 2. November, 2 1/2 Uhr, in der Stadt-Badanstalt Gunglbergstraße, sein Hallenschwimmfest ab. Zur Beteiligung kommen Damen und Männer aus allen Orten, Springen, Tauchen, Reizen, Mannschaftskämpfe und Wasserballspiele. Zahlreiche Meidungen Groß-Berliner und auswärtiger Vereine liegen vor und versprechen anregende und spannende Kämpfe. Eintrittskarten 4 1/20 M. vor Beginn des Festes am Eingang zur Schwimmhalle erhältlich.

Culturs. Von Angestellten der Konsumgenossenschaft Lichterberg durch den Genossen Hermann Walter sind an die Unterstützungskommission für politische Inhaftierte 2800,70 M. abgeleitet. Gefunden wurde in der Versammlung der Nothilfebetriebe in Lichterberg eine schwarze Federkappe. Diese ist in der Betriebszentrale des Zentralverbandes der Angestellten, Besse-Allmann-Strasse 7/10, abzuholen.

Aus dem Gemeindeleben.

Wahl. Die am Dienstag stattgehabte Sitzung der Gemeindevorstandung...

Streit. Der Streit der Bureauhilfskräfte und Angestellten am Orte konnte durch Eingreifen einzelner Genossen...

Aus den Organisationen.

12. Distrikt. Sonnabend in der Schulaula, Gelfenhagener Str. 20, Mitgliederversammlung...

Bereinstellender.

Turnverein Richte (E.V., Begr. Kreuzbergviertel). Sonnabend, den 1. November...

Abteilung. Turnstunden Mittwoch und Sonnabend von 8-10 Uhr abends...

Arbeiter-Eltern-Bund Berlin. Freitag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr...

Aus den Kinos.

Die einfchl. Montag gelangen zur Aufführung: Schauburg, am Potsdamer Platz...

Berontwärtig für die Redaktion Alfred Willep, Reichh. Verlagsgesellschaft 'Freiheit', e. S. m. b. H. Berlin...

„Aber Justa, wo reit'st du denn hin?“

Karikatur von Karl Holts FREIE WELT HEFT 24

Bei jedem Zeitungshändler zu haben!

Hochwichtige Mitteilung für alle Leser der „Freiheit“.

Die Seite der „Freiheit“ enthält gegen Einbringung des... (Text continues with details about the newspaper's content and subscription information)

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin - N. 54, Eidenstraße 83-85.

Achtung! Heute Achtung! Freitag, den 31. Oktober 1919, abends 6 Uhr in Riem's Festsaal, Hafenstraße 10-12.

Bezirksversammlung der Südenbezirke. Tagesordnung: Fortsetzung der Tagesordnung der Bezirksversammlung v. 27. d. Mts.

Die Ortsverwaltung: Die Beschlagsnahme von Karl Liebknecht's Militarismus u. Antimilitarismus...

Advertisement for 'Ein Warnungsruf!' (A warning cry) by A. Hoffmann, featuring various books and pamphlets.

Advertisement for 'ARMUT' (Poverty) by Ernst Friedrich, including a list of books and prices.

Advertisement for 'Verkaufe' (Sales) listing various items like coats, shoes, and furniture.

Advertisement for 'Gardinen - Verkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Chaiseloungues' (Chairs) listing various styles and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gardinenverkauf' (Curtain sale) listing various types of curtains and prices.

Advertisement for 'Gutschein für alle Leser der „Freiheit“' (Coupon for all readers of 'Freiheit')

Advertisement for 'Motore, Kupferleitungen' (Engines, copper wiring) listing various items and prices.

Advertisement for 'Elektromotoren, Glühlampe' (Electric motors, incandescent lamps) listing various items and prices.

Advertisement for 'Bochmannsche, Zeolith-Pallastverleber' (Bochmann's, zeolite-palladium glue) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, auch klein' (Spiral drill, also small) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, Werkzeug' (Spiral drill, tool) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, aus Schnell' (Spiral drill, from speed) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, neu, klein' (Spiral drill, new, small) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, neu, klein' (Spiral drill, new, small) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, neu, klein' (Spiral drill, new, small) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, neu, klein' (Spiral drill, new, small) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, neu, klein' (Spiral drill, new, small) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, neu, klein' (Spiral drill, new, small) listing various items and prices.

Advertisement for 'Spiralbohrer, neu, klein' (Spiral drill, new, small) listing various items and prices.

Advertisement for 'Der Sozialist' (The Socialist) newspaper, featuring various articles and subscriptions.

Advertisement for 'WINZER & CO.' shoe store, listing various types of shoes and prices.

Advertisement for 'Möbel' (Furniture) listing various types of furniture and prices.

Advertisement for 'Möbel' (Furniture) listing various types of furniture and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.

Advertisement for 'Kupfer' (Copper) listing various types of copper items and prices.